

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt

Aufschrift für Drachnachrichten
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhübel in Hachenburg.

243

Verkaufspreis: vierteljährlich 270 P.
monatlich 90 Pfg. mit Frangobriefen; durch die
Post 2,55 Mk. bezugslos 85 Pfg. ohne Frangobrief

Während des Krieges müssen die Freilagen wegfallen.

Hachenburg, Mittwoch den 16. Oktober 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im Voraus)
die sechs-spaltige Zeile oder deren
Raum 20 Pfg., die Reklamezeile 60 Pfg.

11. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

16. Oktober. Starke feindliche Angriffe in Flandern
erfolglos; der Gegner machte nur geringen Bodengewinn.
— Seltene Abschnitte wurden starke Zellangriffe des Gegners
erfolglos. — Auch an der Ostfront wurde der Feind nach
erfolglos zurückgeworfen. — Starke Angriffe der Ameri-
kaner zwischen Aire und Maas wurden abgelehnt.

Der Brief.

Neben den ungeheuren Ereignissen, die jetzt Schlag auf
Schlag die Welt erschüttern, und im Angesicht der tief-
sten Unzulänglichkeiten unseres nationalen Lebens, auf
die wir uns seelisch vorbereiten müssen, nimmt sich die
Geschichte des Prinzen Max von Baden im Grunde
nicht klein und nebensächlich aus. Sie ist auch im Rück-
blick nicht weniger als eine große Staats- und Staats-
geschichte behandelt worden. Aber in unserem eigenen Lande
hat man auch diesen neuesten Fall mit aller der
Sorglosigkeit, Gemüthslosigkeit und — Schamlosigkeit
beurteilt, behandelt und erledigen zu müssen, von der
man einmal, wie es scheint, nicht lassen können, auch
die Gefahr hin, uns selbst damit tief ins Fleisch zu
wunden. Alles muß bei uns unterucht, aufgefächert und
urteilt werden, koste es was es wolle. Und wenn
aber — nach noch nicht ganz vierzehn Tagen! — wieder
Kanzlerwechsel nötig sein würde: sei's drum; auf
den Kanzler mehr oder weniger kann es in diesen Zeiten
gar nicht mehr ankommen. Die Hauptsache ist, daß
sich nicht ausstoßen kann.

Man, Prinz Max von Baden hat nichts zu verbergen,
so hat er selbst seinen Brief an den Prinzen Alexander
Hohenlohe jetzt zur Verteilung bringen lassen. Er
ist aus dem Januar 1918 und behandelt die Auf-
gabe, die seine Aufgabe in der ersten badischen Kammer
war im In- und Auslande gerühmt hatte. Der Prinz
hat kein Hehl daraus, daß ihm der heftige Tadel der
deutschen ebenso unbegründet erscheine wie die bekiffene
Umwechlung der Linken, der er durch seine deutsche
Einstellung der demokratischen Parole und zumal des
parlamentarismus eigentlich keinen Anlaß zu Verfalls-
urteilen gegeben habe. Ein Wort ernstgemeinten
christlichen Christentums, wie er es in Karlsruhe gesprochen,
haben die Leute von der Linken erst „durch den Dreck
Schlamm ihrer erschreckenden Torheit hindurchziehen“,
so sich ihrer niederen Verneinung anzupassen. Er habe
demokratische Parole der Westmächte verhöhen wollen,
dazu habe er sich mit unseren inneren Zuständen be-
mühen. Er lehne den westlichen Parlamentarismus
Baden wie für Deutschland ab und habe geltend
gemacht, daß Institutionen überhaupt keine Hilfsmittel für
die Not des Volkes seien. In der Friedensfrage wünsche
er natürlich eine „moralische Ausgrenzung unserer Erfolge“
im Gegensatz zu der sogenannten Friedensresolution,
die „schändlichen Kunde der Angst und der Berliner
Kongress“, wünsche er möglichst große Verträge.
Wie nach dem Kriege nicht zu arm werden. Aber
den, das gegenüber England unter einziges Kompen-
sationsobjekt darstelle, hätte man schon mehr als genug
gesehen, es sei denn, wenn die Vorbereitungen eines
Friedens schon gegeben wären. Gegenüber
schändlichen Niedertracht der Gesinnung auf seinen
Feinde händelten wir durch Dummheit, denn Will-
kür und Friedensresolutionen seien heides gleich
die Erscheinungen, wenigstens in der Form, in der sie
erfunden.

Dies ungefähr der Inhalt des dem Empfänger ge-
meint und danach in Ententeblättern veröffentlichten
Briefes. Er gibt die Ansichten eines Mannes wieder, der
unparteiischer Worte aus die Zeitereignisse beobachtete,
weder sich noch andere Leute für unerschütterlich hält und
dem Grunde einer Heftigkeit, durch alle Schrecknisse
Krieges unerschütterlich gebliebenen Weltanschauung sein
zur Selbstbestimmung anhalten möchte. Der Kanzler
den Parteiführern gegenüber, die mit ihm wegen des
Friedens verhandelten, auf verschiedene Tatsachen verweisen,
vor dem Vorwurf eines unverständlichen Gesinnungs-
fehlers schüben müßten: wie er immer, schon im Januar 1917,
Verkündigung klarer, festumgrenzter deutscher Kriegs-
ziele eingetreten sei, wie er die Friedensresolution wohl
inhaltslos nachgebilligt, dem Zeitpunkt nach dagegen
erfunden, wie er im Februar 1918 eine unabweisende
Erklärung über Belgien gefordert und daran festgehalten
als wir auch schon den Höhepunkt unserer militä-
rischen Erfolge erreicht hatten. Die alldeutschen Gründe
er immer bekämpft, da sie die Widerstandskraft
des Feinde lähmen konnten, und nur Friedensangebote
Regierungen verurteilt, die nichts von einem Rechts-
bewußtsein wußten. Im Innern habe er
gleiche Wahlrecht für Preußen seit je
befürwortet, eine zu weitgehende Par-
lamentarisierung allerdings nicht für nötig gehalten, wie er
ein erklärter Gegner des Siebener-Konkordats ge-
wesen sei, der jeden Schritt der Regierung kontrollieren
dem nach seiner Meinung müsse auch innerhalb

der Demokratie kaum sein für das Vertrauen in die
Führung. Seine Auffassung über das demokratische Pro-
gramm habe sich während des Krieges in gerader Linie
fortentwickelt, aber gegen eine kritiklose Übernahme west-
licher Institutionen sei er auch heute noch.

Mit anderen Worten also: der Prinz hat zugelernt
seit 1914. Will und soll man ihm daraus einen Vorwurf
machen? Die bürgerlichen Parteien der Regierungsmehr-
heit, die ja auch noch nicht gar so lange den Stand-
punkt vertreten haben, den sie heute einnehmen, sind für
solche Reversität nicht zu haben, aber die Unentwegten
auf ihrem linken Flügel, die Sozialdemokraten, schütteln
immer noch bedenklich die Köpfe. Vielleicht glaubten
sie die gute Gelegenheit, sich von der immerhin
etwas peinlichen Führung durch einen lei-
bhaftigen Thronfolger wieder freizumachen, nicht verpassen
zu dürfen; von der Einsicht jedenfalls, daß auch die fried-
fertigen Naturen von den grundstürzenden Ereignissen
dieses Krieges nicht unberührt bleiben konnten, scheinen
sie sehr weit entfernt zu sein. Vielleicht findet sich aber
doch noch ein Weg des Ausgleichs in diesem Falle; man
sollte doch wenigstens bis auf weiteres annehmen dürfen,
daß auch Zentrum, Nationalliberale und Fortschrittler noch
ein Wort mitzureden haben.

Wilson's Antwort.

Forderung besonderer Sicherheiten.

Haag, 15. Oktober.

Wie das holländische Bureau drahtlos aus
Washington meldet, hat Staatssekretär Lansing dem
schweizerischen Geschäftsträger, der die deutschen Interessen
in Amerika vertritt, folgende Note zugestellt:

In Erledigung der Mitteilungen der deutschen Re-
gierung vom 12. Oktober, die Sie mir heute überreichten,
habe ich die Ehre, Sie zu bitten, folgende Antwort an
Deutschland zu übermitteln: Die unbedingte Annahme durch
die heutige deutsche Regierung und die große Mehrheit des
deutschen Reichstages der Bedingungen, die in der Vorstadi-
um des Präsidenten Wilson an den amerikanischen Kongress
vom 8. Januar 1918 und in dem späteren Beschlusse
niedergelegt wurden, berechtigt den Präsidenten, die
folgende offenerzogene und direkte Erklärung abzugeben über
die Entscheidung, die er auf die Erklärungen der deutschen
Regierung vom 8. und 9. Oktober getroffen hat: Es muß
klar verstanden werden, daß die Entscheidung über die
Räumung des Gebietes und die Bedingungen des Waffen-
stillstandes Fragen sind, die der Entscheidung und den
Ratschlägen der militärischen Ratgeber der Regierung der
Vereinigten Staaten und der assoziierten Mächte vor-
behalten sind.

Der Präsident erachtet als seine Pflicht, zu sagen,
daß keinerlei Abmachungen durch die amerikanische Re-
gierung angenommen werden können, welche nicht absolute
und befriedigende Garantien und Sicherheiten bieten, daß
die heutige militärische Überlegenheit der amerikanischen
und alliierten Streitkräfte im Felde aufrechterhalten bleibt.
Der Präsident vertraut, mit Sicherheit annehmen zu
dürfen, daß dies ebenfalls die Meinung und Ansicht der
alliierten Regierungen ist. Der Präsident meint, daß es
ebenfalls seine Pflicht ist, hinzuzufügen, daß weder die
amerikanische Regierung noch er selbst vollkommen über-
zeugt ist, daß die Regierungen, die mit den Vereinigten
Staaten assoziiert sind, dem zustimmen, einen Waffen-
stillstand in Erwägung zu ziehen, solange die bewaffneten
Streitkräfte Deutschlands ihre gesetzwidrigen, unmenschlichen
Handlungen fortsetzen.

In der gleichen Stunde, wo die deutsche Regierung sich
an die amerikanische Regierung mit Friedensvorschlägen
wendet, sind die deutschen U-Boote damit beschäftigt, auf
der See Schiffe zu versenken, und nicht nur diese Schiffe
selbst, sondern auch die Rettungsboote, worin die Passagiere
und Mannschaften ihr Leben zu retten versuchen. Bei ihrem
jetzigen erzwungenen Rückzuge in Flandern und Frankreich
fahren die deutschen Armeen damit fort, alles rücksichtslos
zu vernichten. Dies wurde und wird von mir immer als
ein direktes Vergehen gegen die Regeln und Bestimmungen
der zivilisierten Kriegsführung angesehen.

Aus Städten und Dörfern, soweit sie nicht völlig zer-
stört, werden alle Dinge, die sie enthalten, geraubt und
dit sogar ihre Bevölkerung verschleppt. Den Regierungen,
die mit den Vereinigten Staaten assoziiert sind, darf man
nicht zumuten, daß sie einen Waffenstillstand genehmigen,
solange diese Taten der Unmenschlichkeit, Raub und Ver-
wüstung fortbauern, welche sie berechtigterweise zu
brechenden und brennenden Herzen betrachten. Es ist
ebenfalls notwendig, damit keinerlei Möglichkeit des Rück-
falls besteht, daß der Präsident feierlich die
Aufmerksamkeit der Deutschen auf die Bedeutung und den
klaren Inhalt eines der Friedenspunkte lenkt, den die
deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Dieser Punkt
ist enthalten in der Rede, welche Präsident Wilson am
1. Juli bei Mount Vernon gehalten hat und lautet:

„Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht, die es in
ihren Händen hat, allein, geheim und aus eigener Willens-
bestimmung den Weltfrieden zu führen, oder, falls diese
Macht anerkennbar nicht vernichtet werden kann, wenigstens

ihre Verabminderung bis zu tatsächlicher Ohnmacht.“ Und
die Macht, die bis jetzt das Schicksal der deutschen Nation
bestimmt hat, ist gerade eine von denen, die der Präsident
in dieser Rede im Auge gehabt hat.

Es liegt in der Macht des deutschen Volkes, dies zu
ändern. Die Worte des Präsidenten enthalten die be-
rechtigten und naturgemäßen Bedingungen, bevor es zu
einem Frieden kommen kann. Wenn es zu einem Frieden
kommen soll, muß es durch das Eingreifen des deutschen
Volkes selbst geschehen. Der Präsident fühlt sich ge-
zwungen, zu sagen, daß die ganze Entwicklung des
Friedensschlusses seiner Ansicht nach von der klaren Ent-
scheidung, dem zureichenden Charakter der Garantien, die
in dieser fundamentalen Angelegenheit geboten werden,
bestimmt wird. Es ist unvermeidlich, daß die Regierungen,
die gegen Deutschland verbündet sind, ohne die Möglichkeit
irgendeiner Täuschung wissen müssen, mit wem sie zu tun
haben. Der Präsident wird ferner eine besondere Antwort
an die österreichisch-ungarische Regierung senden.

ges. Lansing.

Man wird den amtlich übermittelten Wortlaut der
Antwort Wilsons abwarten müssen, ehe man zu ihr
Stellung nehmen kann. Es braucht nicht nochmals betont
zu werden, daß die angeblichen „Unmenschlichkeiten“ auf
unserm Rückzuge Phantasiegebilde der Verleumdungskunst
unserer Feinde sind. Wohin die Antwort (wenn der
Kaiserliche Text dem Wortlaut entspricht) mit seinen dunklen
Andeutungen leiten würde, spricht ein englisches
Blatt, der „Manchester Guardian“ offen aus, wenn er
schreibt: „Das beste wäre, wenn der Kaiser zugunsten
seines Entschlusses abdankte und Prinz Max von Baden Regent
würde.“ Wenn der amtliche Text der Antwortnote vor-
liegt, wird noch manches darüber zu sagen sein.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ In der Mittwochssitzung des Reichstages ist eine
neue Rede des Reichskanzlers Prinzen Max von
Baden zu erwarten. Der Kanzler wird diesmal lediglich
über innerpolitische Dinge, über die Neuordnung unserer
Verhältnisse, die Parlamentarisierung und die Demo-
kratisierung sprechen und so ein verstärktes Bekenntnis zu
dem neuen System ablegen. In politischen Kreisen ist
man der Überzeugung, daß Prinz Max im Amte bleiben
wird.

+ Die Eingliederung der neuernennenden parlamen-
tarischen Unterstaatssekretäre in den Reichsamtären wird
den bisherigen Geschäftsbetrieb wesentlich verändern. Da
diese Unterstaatssekretäre keine eigene Abteilung leiten
sollen, werden sie in der Hauptsache an den Vortragern
der Referenten bei den leitenden Unterstaatssekretären
sowie bei den Staatssekretären und an den sonst statt-
findenden Vorberathungen und kommissarischen Beratungen
beteiligt bleiben, so daß sie über alle Fragen unterrichtet
und in der Lage sind, die Verbindung mit den Fraktionen
des Reichstages zu unterhalten und die Vorlagen im
Parlament zu vertreten. Die Unterstaatssekretäre der
Reichsämter beziehen ein Jahresgehalt von 20 000 Mark,
nur die Unterstaatssekretäre des Auswärtigen Amtes be-
ziehen 25 000 Mark. Wahrscheinlich wird allmählich bei
jedem Reichsamt ein parlamentarischer Unterstaatssekretär
geschaffen werden.

+ Die Neuordnung in Elsaß-Lothringen wird sich in
den nächsten Tagen vollziehen. Während es feststeht, daß
der Zentrumsabgeordnete Haug zum Staatssekretär er-
nannt wird, ist die Personenfrage hinsichtlich der anderen
Mitglieder noch nicht gelöst. Doch glaubt man in unter-
richteten Kreisen annehmen zu dürfen, daß von sozial-
demokratischer Seite der Abgeordnete Petrottes für das
Unterstaatssekretariat der Finanzen, der fortschrittliche Ab-
geordnete Rechtsanwalt Dr. Burger für Justiz und
Dr. Foret, Bürgermeister von Metz, für Landwirtschaft
und Handel in Frage kommt. Es bestrebe ferner die Ab-
teilung für Kultur und Schulwesen zu schaffen. Hierfür
soll der Landtagsabgeordnete Universitätsprofessor Dr. Müller
oder der Abgeordnete Dr. Dibio, beides katholische Geist-
liche, berufen werden.

Polen.

* Die Errichtung eines Groß-Polen soll jetzt durch
das Zusammenarbeiten der Polen Deutschlands, Osterreich-
Ungarns und Kongress-Polens durchgeführt werden. Zu
diesem Zwecke fanden in Warschau Verhandlungen statt,
an denen auch die deutsch-polnischen Abgeordneten von
Tramienki und Szendo teilnahmen. — In diesem Sinne
hat auch die polnische Regierung Schritte eingeleitet, die
auf die Teilnahme der polnischen Delegierten an allge-
meinen Friedenskongress abzielen. Die polnische Regie-
rung bereitet ferner die Errichtung von Gesandtschaften
im Auslande vor. Zunächst sind die Städte Kiew,
Bukarest, Bern, Kopenhagen und Stockholm dafür in Aus-
sicht genommen.

Rußland.

* Das Schicksal der Zarin und ihrer Töchter ist
noch immer ungewiß. Da der Papst sich lebhaft dafür

interessiert, hat die österreichisch-ungarische Regierung in Moskau Schritte unternommen, um den Aufenthaltsort der Verschwindenen festzustellen. Die Antwort lautete, man wisse nicht, wo sich die Barin mit ihren Töchtern aufhalte. Da Zweifel an der Genauigkeit dieser Auskunft bestanden, wurde eine Vertrauenskommission mit Nachforschungen beauftragt.

Finland.

Die vollzogene Königswahl ist von dem größten Teil der Bevölkerung mit Genehmigung aufgenommen worden. Aus den Kreisen der Entente meldet sich zunächst Frankreich, das in einer amtlichen Mitteilung bekanntgibt, mit der Wahl eines deutschen Prinzen zum König von Finnland seien die Voraussetzungen für die Anerkennung Finnlands als selbständiger Staat hinfällig geworden. Zwischen Frankreich und Finnland bestünden von jetzt an keine amtlichen Beziehungen, doch verbleibe ein Konsularbeamter in Helsinki, um das Interesse der französischen Staatsangehörigen zu wahren. Es steht zu erwarten, daß auch andere Ententestaaten eine ähnliche Erklärung abgeben werden.

Rumänien.

Die Abtretung der südlichen Dobruđa an Bulgarien, die jetzt in aller Form seitens des Verbandes erfolgt ist, hat im ganzen Lande eine lebhafteste Bewegung entzündet. Das amtliche Blatt „Steagul“ meint, daß jetzt die Früchte der Politik Bratianscu erntet werden. Rumänien sei zum zweiten Male von der Entente verraten worden. So belohnt die Entente ein Land, das sich für sie ins Feuer gestürzt und zugrunde gerichtet hat. So hält die Entente ihre feierlich übernommene Verpflichtung, und wenigstens die Unversehrtheit unseres Gebietes zu verbürgen. Von allen Enttäuschungen und Schlägen, die das rumänische Volk im Laufe der Jahrhunderte erlitten, ist die Tat, die unsere gestrigen Verbündeten jetzt gegen uns begehen, das Schrecklichste und Empfindlichste.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 15. Okt. Der Kaiser hat an den scheidenden Chef des Geheimen Zivilkabinetts o. d. d. ein Dankschreiben gerichtet und ihm den Stern der Komture des Hohenzollernschen Hausordens verliehen.

Berlin, 15. Okt. Der Reichskanzler empfing gestern den neuernannten Chef des Geheimen Zivilkabinetts Dr. v. Delbrück und den Botschafter im Haag Dr. Rosen.

Berlin, 15. Okt. Der deutsche Gesandte in Bulgarien, Graf Oberndorff, ist mit dem Botschafts- und Konsulatspersonal hier eingetroffen.

Berlin, 15. Okt. Großadmiral v. Tirpitz hat an den Reichskanzler ein Telegramm geschickt, in dem er versichert, daß die Vaterlandspartei bei den Wahlen einen Frieden in Ehren herbeizuführen, hinter der Regierung stehe.

München, 15. Okt. Der bayerische Landtag wird morgen zu einer Sonder Sitzung zusammengetreten, um eine Reihe wichtiger Gesetzesentwürfe zu erledigen.

Genf, 15. Okt. Der Vereinsvorsitzende der elsaß-lothringischen Gesellschaft in Frankreich sandte an Clemenceau eine Adresse, worin gegen einen Waffenstillstand ohne vorherige Räumung Elsaß-Lothringens und gegen Präliminarien ohne Entschädigung für die Zerstörungen und Wüstenungen energisch protestiert wird.

Die Krise in Österreich-Ungarn.

Kabinettswechsel und Nationalitätenfrage. Wien, 15. Oktober.

Wie die Blätter melden, ist das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Huszarik bereits genehmigt. Graf Silva Taconca soll mit der Neubildung des Kabinetts betraut sein. Auch das ungarische Kabinett ist zurückgetreten. Der ehemalige Abgeordnete und Vizepräsident Nabant soll das neue Kabinett bilden.

In politischen Kreisen wird auch der Rücktritt des gemeinsamen Ministers des Äußern, Grafen Burian, als bevorstehend bezeichnet. Die Ursache sei darin zu suchen, daß die Auffassung des Grafen Burian, namentlich in der südslawischen Frage, in der ungarischen Delegation auf Widerstand stöße. Als Nachfolger des Grafen Burian werden der frühere Gesandte am päpstlichen Stuhl, Graf Sereni, und der Botschafter Graf Secheny genannt. Die Kandidaturen des früheren Postkabinetts in London, Grafen Reussdorff-Bouilla, und des Botschafters in Konstantinopel, Grafen Ballawicini, stehen gegenwärtig nicht im Vordergrund. Hofrat Lamnatsch, der vielfach als Ministerpräsident genannt wurde, gilt als eigentlicher Unterhändler bei den Friedensverhandlungen.

Die Währung in Böhmen.

In Brea sind außerordentliche Maßnahmen getroffen

Fleischverkauf

am Donnerstag, den 17. Oktober an die Einwohner der Stadt	
vorm. 8-9 Uhr an die Jnh. der Fleischl. mit den Nr.	201-250
" 9-10 " " " " " " " " " " " "	251-300
" 10-11 " " " " " " " " " " " "	301-350
" 11-12 " " " " " " " " " " " "	351-400
nachm. 2-3 " " " " " " " " " " " "	401-Schluf
" 3-4 " " " " " " " " " " " "	1-50
" 4-5 " " " " " " " " " " " "	51-100
" 5-6 " " " " " " " " " " " "	101-150
" 6-7 " " " " " " " " " " " "	151-200

und zwar bei Metzger Rüd. Die Abgabe an die Landbevölkerung findet bei Metzger Rüd. ebenfalls von vormittags 8 Uhr an statt. Hachenburg, den 16. 10. 1918. Der Bürgermeister.

M. 100.- Belohnung

erhält derjenige, welcher den Aufsteller von Selbstschuß-Apparaten in der Holzbach namhaft macht, so daß derselbe zur Anzeige gebracht werden kann.

Der Jagdpächter:
Bernh. Bickel, Hachenburg.

Kochsalz Viehsalz

stets reichlich vorrätig.

Bitte Füllsäcke einsegnen.

Karl Winter, Hachenburg.

worden, um etwaige Unruhen sofort zu unterdrücken. Die Stadt gleicht einem Feldlager. Der Statthalter hat eine Kundgebung erlassen, daß Gerüchte umgehen über eine gewalttätige Umwälzung im Staat. Diese Gerüchte seien unwahr. Durch Besprechungen auf internationaler Basis werde eine Entwicklung im ruhigen Wege vorbereitet, bis dahin bleibe die jetzige Staatsform bestehen. Der Statthalter warnt vor Gewaltanwendung, da Gewalt mit Gewalt gebrochen werde. Er richte an die besonnenen Elemente die Bitte, sich vor unüberlegten Schritten zurückzuhalten. Gleichzeitig werden Proklamationen an das Volk verteilt, in denen mitgeteilt wird, daß die tschechisch-slowakische Republik proklamiert wird, und in der man sich gegen die Massenansuhr von Lebensmitteln aus Böhmen wendet.

Schwere Kämpfe in Flandern.

Mitteilungen des Belgischen Telegraphen-Bureaus

Großes Hauptquartier, 15. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezugsgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern hat der Feind seine Angriffe auf breiter Front zwischen Ypern und der Yse wieder aufgenommen.

Es gelang ihm, über unsere vordere Stellung hinaus vorzudringen. Gegen Mittag kam der Kampf in der Linie Portemort-Blich von Roselare, das nach hartem Kampf in Feindes Hand fiel, südwestlich von Ypern und nordöstlich von Menen zum Stehen.

Menen und Werwil wurden gegen starke Angriffe behauptet. Übergangsversuche des Feindes über die Yse bei Komon vereitelt.

Bei erneuten Angriffen am Nachmittag gingen Sandzame und Portemort verloren, starke mit Panzerwagen geführte Angriffe beiderseits von Gits scheiterten. Zwischen Ypern und Menen konnte der Feind am Nachmittag nur noch wenig Boden gewinnen.

Erfolgreiche Vorfeldkämpfe westlich von Lille und am Haute Deule-Kanal. Am Selle-Abchnitt nördlich von Dausy und bei St. Souplet scheiterten Teilangriffe des Gegners.

Seezugsgruppe Deutscher Kronprinz.

In dichtem Morgennebel brach der Feind östlich von St. Quentin über die Oise vor und sahnte vorübergehend auf den Höhen südlich von Macquigny und nördlich von Origny Fuß. Umfangender Gegenangriff warf ihn von den Höhen auf die Oise wieder zurück.

Stetige Teilkämpfe vor der neuen Front nördlich von Laon, westlich der Aisne und im Aisne-Bogen südwestlich von Grandpre.

Seezugsgruppe Gallwig. Zwischen der Aire und der Maas griff der Amerikaner mit starken Kräften an. Schwerpunkt der Kämpfe lag östlich der Aire und beiderseits der von Charpenters auf Vantheville führenden Straße. Die teilweise bis zu viermal wiederholten Angriffe sind bis auf örtlichen Geländegewinn beiderseits von Romagne gescheitert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. Auf den Höhen nordwestlich und nördlich von Nisch fanden kleinere Kämpfe statt. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Zwischen Oise und Aisne.

Die deutsche Frontverlegung zwischen Oise und Aisne ist planmäßig durchgeführt worden. Die deutschen Nachhuten, von einzelnen am Feinde gelassenen Batterien und Geschützen unterstützt, hielten die nur vorrückt und langsam nachdrängenden Franzosen in respektvoller Entfernung. Die Franzosen beschränkten sich in der Hauptache darauf, die Ostkanten im deutschen Hintergelände mit Bombengeschwadern anzugreifen. In der Zwischenzeit wurde von den Deutschen in aller Ruhe die ungeheure Arbeit der Rückverlegung der Linien durchgeführt. Es handelt sich dabei nicht nur um die Abbeförderung des gesamten Kriegsgüter und die Räumung großer Munitionsbestände und Verpflegungsmagazine, sondern um den Abbau zahlreicher Heeresbetriebe, zur Instandsetzung von Geschützen, Maschinengewehren usw. mit allen Maschinen und Vorräten an Ersatzteilen.

Minen in holländischen Gewässern.

Im Monat September sind in holländischen Gewässern 318 Minen angetroffen worden. Davon waren: 263 englische Minen, eine französische Mine, 33 deutsche, 21 unbekannte Minen. — Seit Kriegsbeginn sind angetroffen worden: 4540 englische Minen, 81 französische Minen, 897 deutsche Minen, 511 unbekannte Minen.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 15. Okt. Dem Admiral v. Capelle, Oberbefehlshaber des Reichsmarineamts, ist das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub und Schwertern und die königliche Krone verliehen worden.

Wien, 15. Okt. Der amtliche Heeresbericht meldet von der italienischen Front rege Gefechtsstätigkeit. Albanen vollziehen sich die Rückzugsbewegungen ohne wesentliche Störung durch den Feind.

Lugano, 15. Okt. Schweizer Blätter erfahren zwar, daß in Serbien der Bunich herrsche, das Friedensangebot der Mittelmächte anzunehmen.

Riga, 15. Okt. In Polnisch-Litland herrscht wegen des bevorstehenden Abzuges der deutschen Truppen eine dankbarke Stimmung, da sich bereits der Volkswiderstand bemerkbar macht.

Lissabon, 15. Okt. Über ganz Portugal ist der Hungerlagerungsaufland verhängt worden. Im Lande herrscht angeblich Ruhe.

Schlusssdienst.

Drabt- und Korrespondenz-Meldungen.

Keine Kanzlerkrise.

Berlin, 15. Okt. Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages kam bei ihren heute abgehaltenen Besprechungen zu dem Beschluß, an der Zusammenarbeit mit dem Kanzler festzuhalten. Eine neue Kanzlerkrise wird also vermieden sein.

Rundgebungen an den Reichskanzler.

Berlin, 15. Okt. Dem Reichskanzler sind von den verschiedensten Seiten telegraphische und briefliche Glückwünsche zugegangen, in denen die Entschlossenheit der Verteidigung des Vaterlandes ausgesprochen wird.

Bayerns Treue zum Reich.

München, 15. Okt. Ein in der Kammer der Abgeordneten eingebrachter Antrag der liberalen Fraktion des bayerischen Landtags verlangt, daß angesichts der schweren Zeiten dem deutschen Volke beporstehen, die bayerische Volkstretung Zeugnis ablege für die unerlöschliche Einheit des deutschen Volkes und für seine feste Entschlossenheit, die Schwere gemeinsam zu tragen.

Verfassungsänderung.

Berlin, 15. Okt. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Artikels 11 der Reichsverfassung angenommen.

Die deutsche Stadt Danzig.

Danzig, 15. Okt. Der Danziger Magistrat hat an den Reichskanzler, an sämtliche Staatssekretäre und an den Bundestag des Reichstages ein Telegramm geschickt, in dem die schärfsten Proteste erhebt gegen alle Pläne, die die fernab der alten Hansestadt Danzig zu einer polnischen Stadt machen möchten. Danzig nehme auch für sich das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Anspruch und wolle deutsch bleiben immerdar.

Die österreichische Militärverwaltung in Polen.

Wien, 15. Okt. Amtlich wird verlautbart: die österreichisch-ungarische Monarchie ist bereit, die Militärverwaltung in Polen anzulassen und die Verwaltung der polnischen Regierung zu übergeben, sobald diese zur Übernahme bereit ist. Die österreichisch-ungarische Monarchie wird alles tun, um der polnischen Regierung den Wiederaufbau der staatlichen Organisation zu erleichtern und auf Verlangen derzeit die Polen noch fehlenden Mittel und Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Wilsudfist Freilassung bevorstehend.

Warschau, 15. Okt. Nach den Informationen der hiesigen Presse hat Staatssekretär Dr. Solf dem Prinzen Derwinski geantwortet, daß er sich wegen der Freilassung des Regimentsführers Wilsudfist an die lokalen Behörden wenden solle. Wie verlautet, haben die Okkupationsbehörden bereits der deutschen Regierung die Anweisung zur Freilassung Wilsudfists erhalten. Der frühere Brigadeführer soll einen wichtigen Posten im neuen polnischen Kabinett halten.

An die Adresse der Türkei.

Bern, 15. Okt. Englische Blätter fordern die bedingungslose Kapitulation der Türkei. Nachher würde das Schicksal der Türkei durch die Alliierten geregelt werden. Die Alliierten müßten den Verbündeten die Dardanellen, den Bosporus und ihre Kriegsschiffe ausliefern, müßten ihre Truppen und ihre wahnwitzigen Expedition nach dem Kaukasus und Syrien zurückziehen, Syrien räumen und den Verbündeten alle Erleichterungen geben, um die deutsche Flotte vom Schwarzen Meer zu entfernen.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Erhard Kirchhäbel in Hachenburg



Wiederleben war keine und unsere Hoffnung!

Am 14. Oktober erhielten wir die Nachricht, daß unser lieber, guter Sohn und Bruder

Karl Leicher

Musketier im Infanterie-Regiment Nr. 80

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse

am 3. Oktober 1918 im Alter von 18 Jahren den Heldentod fürs Vaterland erlitten hat.

Alpenrod, den 16. Oktober 1918.

In tiefem Schmerz

Wilhelm Friedrich Leicher

nebst Frau und Kindern.

In einem, besseren, findet einfacher, älteres mäd...

(am liebsten Waife) als die Stüge Lebensstellung mit als Erbe eingesetzt. Angeb. an die Geschäfte dieses Blattes.

Kartoffelmahn für 50 Pfd. Zucker

Holzschu...

in allen Größen

Helios-Kerz mit Brennstoff

empfehlen Julius K... Hachenburg.

Magenwein